

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/122

Die 68er Bewegung, "Die Grünen", Werteverfall, geistiger Verfall, Gleichmacherei, systematische Zerstörung der kulturellen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands, Teil 3

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Bruno Bandulet schrieb am 27. November 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>Der Staat fördert die Dekadenz

Hinsichtlich konservativen Gedankengutes sollte Deutschland einen Blick Richtung USA wagen

Ermutigt durch den Wahlsieg der Konservativen in Amerika, ermahnte CSU-Generalsekretär Söder die Union, auch Deutschland brauche eine Wertedebatte. Sehr gut, dann kann die CDU ja Martin Hohmann, einen Repräsentanten ihres wertkonservativen und katholischen Flügels, gleich wieder aufnehmen.

Die Werte liegen in Deutschland in der Tat im argen. Nur vier Tage bevor die Amerikaner per Referendum in elf Bundesstaaten mit überwältigender Mehrheit die Homo-Ehe verwarfen, beschloß der Bundestag deren fast vollständige Gleichberechtigung mit der "konventionellen Ehe", wie sie neuerdings auch genannt wird. Die Homosexuellen können sich nun verloben, haben das Recht auf Witwenrenten und kommen in den Genuß gesetzlicher Scheidungsregeln. Nun ist die Homosexualität sicherlich Privatsache, sie geht den Staat nichts an.

Sie kann aber nicht Bestandteil einer Werteordnung sein. Und sie sollte nicht auf eine Weise drapiert werden, die das gesellschaftliche Prestige der Familie schmälert. Es darf nicht etwas gleichgesetzt werden und gleichberechtigt sein, was nicht gleich ist. Gute Katholiken wie der Italiener Buttiglione halten Homosexualität sogar für Sünde. Dem kann man zustimmen oder auch nicht, man muß es aber sagen dürfen.

Heute hält die Mehrheit der Europa-Abgeordneten einen Katholiken nicht für tragbar als Kommissar, wohl aber einen früheren kommunistischen Apparatschik. Morgen, wenn die Türkei erst einmal dabei ist, werden sie voraussichtlich einen Moslem ertragen müssen, der über Familie und Abtreibung nicht anders denkt als Buttiglione.

Uns interessiert hier freilich mehr der praktische Aspekt des Themas. Mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau (in Frankreich sind es 1,9!) wird das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Die Folgen sind vorhersehbar: eine Abwärtsspirale der Wirtschaft, der Ruin der öffentlichen Finanzen, eine allgemeine Verarmung. Unsere Wirtschaft ist auf eine stark abnehmende Bevölkerung nicht ausgelegt - ganz abgesehen davon, daß ein Vakuum in der Mitte Europas Einwanderer ansaugen wird, und zwar die falschen.

Die Wirtschaft steht vor einem Abgrund, aber die Gesellschaft leistet sich die systematische Abwertung der Familie und die Subventionierung der Abtreibung mit über 40 Millionen Euro

Steuergeldern pro Jahr. Die Regierung finanziert damit die Entstehung der Rentenlücke, die sie später selbst decken müßte, aber nicht decken kann.

In den USA gehen Bischöfe auf die Straße gegen die Abtreibung, in Deutschland werden sie durch das System der von Staats wegen eingetriebenen Kirchensteuer ruhiggestellt. An jedem Werktag werden hierzulande 1.000 ungeborene Kinder getötet - eine Praxis, die laut Bundesverfassungsgericht "rechtswidrig, aber straffrei" ist. Damit ist klargestellt, daß der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert. Vielleicht kommt die Union irgendwann auf die Idee, den umstrittenen Paragraphen 218 einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Sie würde damit nur den Intentionen des Verfassungsgerichtes folgen.

Es fällt auch auf, ein wie großer Prozentsatz prominenter Politiker entweder keine Kinder hat oder vom anderen Geschlecht nichts hält oder jedenfalls im Laufe der Zeit mehr Frauen als Kinder vorzuweisen hat.

Die immer noch tonangebenden 68er behandeln andersartige Lebensformen eben nicht als Privatsache. Sie propagieren sie. Auf einem Vortrag vor der Pädagogischen Hochschule Freiburg erklärte der Basler Psychotherapeut Professor Rauchfleisch schwule Lebensbeziehungen zum "Vorbild" für heterosexuelle Beziehungen. Ihr Rollenverständnis sei "nachahmenswert". Die 150 Zuhörer waren beeindruckt. "Das hört sich ja berauschend schön an", sagte eine Frau in der anschließenden Diskussion.

Deutschland tut gut daran, sich nicht in die Militäraktionen und Weltmachtabenteuer der USA verwickeln zu lassen. Aber die Amerikaner machen nicht alles falsch. Über viele Themen, die besonders in Deutschland nahezu tabu sind, kann in Amerika offen diskutiert werden. Konservative Meinungen haben Einfluß und werden respektiert. Den Spagat, außenpolitisch Distanz zu den USA zu halten, aber nicht unbedingt gesellschaftspolitisch, muß die CDU/CSU erst noch meistern. Von den Amerikanern können wir die Fähigkeit lernen, zwischen dem zu unterscheiden, was aufbaut und stärkt, und dem, was schwächt.

Übrigens lohnt es sich, wieder einmal die römische Geschichte zu studieren. Rom ging unter, weil die Sitten verfielen (kinderlose Frauen waren angesehener als solche mit Nachwuchs), weil Millionen nicht integrierbarer Ausländer hereingelassen wurden, weil die Steuern zu hoch waren und der Bürgersinn schwand - und weil das Imperium überdehnt wurde.

Ein abschüssiger Weg, auf dem Europa schon ein Stück weiter ist als die USA. Die Überdehnung ist beiden gemeinsam: Amerika hätte nie in den Irak einmarschieren dürfen, die EU übernimmt sich mit der Aufnahme der Türkei.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Januar 2005 (x887/...): >>>Atheismus lähmt Europa dauerhaft

US-Amerikaner haben aufgrund ihrer Religiosität bessere Zukunftsaussichten als Europäer. Religiöse Menschen sind wirtschaftlich erfolgreicher. Diese "frohe Botschaft" verkündete die Wirtschaftswoche. Das Beispiel der USA macht klar: Dort wachsen nicht nur Bevölkerung und Wirtschaft schneller als in Europa, sondern dort bekennen sich auch weitaus mehr Menschen zu ihrem (christlichen) Glauben. Das säkulare Europa scheint in jeder Hinsicht abgehängt zu sein. ...

Religiöse Menschen bekommen mehr Kinder, da sie nicht nur auf den eigenen Genuß schießen. Das wirkt sich positiv auf die Wirtschaftskraft aus. Die demographischen Fakten belegen: Amerika ist viel vitaler als Europa. So dürfte sich das amerikanische Durchschnittsalter von 35,5 Jahren in den nächsten 50 Jahren nicht wesentlich erhöhen. In Europa wird man jedoch Durchschnittswerte von 53 Jahren erzielen. ...

In Europa und speziell in Deutschland ist der allmächtige und Fürsorge tragende Staat an die Stelle von Patriotismus, Familie und Religion getreten. Selbst die Kirchen in Deutschland sind mit dem Staat viel enger verquickt, als dies in den USA der Fall ist. Die Großkirchen in der Mitte Europas kassieren Geld vom Staat. Viel Unabhängigkeit vom staatlichen Handeln und

Kritik gegenüber politischen Würdenträgern darf man aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses nicht erwarten. Christliche Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe sowie das Denken in kleinen sozialen und gemeinnützigen Einheiten ist in Europa verkümmert, weil der staatliche Leviathan alles usurpiert hat.

Die Autoren der Wirtschaftswoche beschreiben das folgendermaßen: "Hand in Hand mit der Zurückdrängung der Religion aus dem gesellschaftlichen Leben wurde der Wohlfahrtsstaat ausgebaut, an den immer mehr Funktionen delegiert wurden, die ursprünglich bei Religion und Kirche lagen. Soziale Aufgaben, die zuvor die Gemeinden wahrnahmen, wurden dem Staat übertragen, das Individuum vereinzelt, der soziale Zusammenhalt ging verloren." In Europa ist der Staat an die Stelle Gottes getreten, der das Individuum zuvor von der Last der Verantwortung befreite.

Angesichts der Bedrohung durch radikale Moslems könnte die Religionsferne der Europäer noch zum Problem werden. So sagt der Politologe Francis Fukuyama: "Die Europäer sind im Inneren durch den radikalen Islam weit stärker bedroht als die Amerikaner von außen."

Auf andere Absurditäten weist Chefredakteur Stefan Baron hin: In Europa "könnte Bush nicht einmal EU-Kommissar werden, wie das Berufsverbot zeigt, das Brüssel über den Katholiken Rocco Buttiglione verhängte, weil dieser Homosexualität als 'Sünde' zu bezeichnen wagte (nicht ohne hinzuzufügen, daß dies den Staat nichts angehe, solange es nicht strafbar sei)."

...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. August 2005: >>**Den Deutschen eine andere Seele einimpfen**

Im Hinblick auf das Problem der re-education geht es kurz gesagt nicht nur um die Ausrottung des Nazismus, sondern auch um die Eliminierung von Autoritarismus, Militarismus, Junkertum und Rassismus. Das böse Werk Hitlers, daran sei erinnert, dauerte nur zwölf Jahre, das seiner Vorgänger aber reichte über Generationen hinweg. Die Besatzungsmächte sind aufgerufen, in einer vergleichsweise kurzen Zeit diese althergebrachte Akkumulation gefährlicher Vorstellungen auszulöschen."

Mit diesen Worten charakterisierte Saul Padover, 1905 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren, die 1920 in die USA emigrierten, das Programm und die Ziele der "re-education" ("Umerziehung") der Deutschen. Padover arbeitete ab 1943 in der Abteilung für psychologische Kriegführung in London. 1944 kam er als Mitglied eines US-Geheimdienstes mit den US-Truppen nach Deutschland. Hier verhörte er deutsche Funktionäre über ihre Kenntnisse der NS-Gewaltverbrechen und über ihr Verhältnis zum NS-Regime. Die Ergebnisse seiner Vernehmungen liegen seit 1999 unter dem Titel "Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland" auch in deutscher Sprache vor.

Die Berliner Tageszeitung taz kommentierte in einer Rezension: "Sein Urteil über das deutsche Volk fiel niederschmetternd aus: autoritätsgläubig, stumpf, gefühllos, gewissenlos, selbstherrlich und arrogant auch in der Kapitulation, weinerlich in kollektivem Selbstmitleid. ... Es war das Verhalten von Sklaven, die Bürokraten anbeten."

Daß dieses angebliche stumpfe Sklavenvolk der Deutschen einer grundlegenden Bewußtseinsveränderung bedurfte, um die Welt für die Demokratie sicherer zu machen, darin waren sich die Wortführer der "re-education" einig. Totale "Auslöschung" der gesamten Traditionen Padover steht pars pro toto für die Exponenten der "re-education", die nach Kriegsende antraten, den deutschen "Nationalcharakter" zu verändern.

Es ging darum, so drückte es der Staatsrechtler Carl Schmitt in einer Notiz vom 6. November 1949 aus, dem besiegten Feind, also den Deutschen, "eine andere Seele einzuimpfen". An die Stelle der angeblichen Aggressivität der Deutschen, die zu zwei Weltkriegen geführt haben soll, sollten sie zu politischem Wohlverhalten ("fair play") und wirtschaftlicher Zusammenarbeit erzogen werden. Das konnte aus Sicht der Alliierten offensichtlich nur durch die totale

"Auslöschung" der "gesamten Traditionen" geschehen, "auf denen die deutsche Nation errichtet wurde".

So steht es jedenfalls im Abschlußbericht des interministeriellen Komitees für Umerziehung von Dezember 1943 zu lesen, aus dem Caspar von Schrenck-Notzing in seinem Beitrag zur Festschrift zum 70. Geburtstag (1993) für den mittlerweile verstorbenen Heidelberger Politologen Hans-Joachim Arndt zitiert. Schmitts Einlassung trifft insofern den Kern der Sache, als die konzeptionellen Wurzeln für das Programm der "re-education" in der amerikanischen Bewegung für geistige Gesundheit der 1930er Jahre lagen. In deren Kontext, so merkt beispielsweise die Heidelberger Soziologin Uta Gerhardt in ihrer Abhandlung "American Sociology and German Re-education" (1997) an, bedeutete "re-education" zunächst therapeutische Maßnahmen, mit denen die Charakterstruktur von Patienten verändert werden sollten, die an Paranoia oder anderen geistigen Erkrankungen litten.

Dieser Ansatz wurde dann auf die Deutschen als Kollektiv übertragen. Der Neurologe Richard A. Brickner von der Columbia University diagnostizierte 1942 bei den Deutschen eine "paranoide Psychose", die er anhand von vier Kriterien festmachen zu können glaubte, nämlich einmal an der angeblichen deutschen "Megalomanie", die in der Sentenz "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" ihren signifikanten Ausdruck finde. Weiter nannte Brickner den absoluten Anspruch der Deutschen auf Führerschaft über andere Nationen und Kulturen. Schließlich sollen die Deutschen durch "Verfolgungswahn" gekennzeichnet gewesen sein, der sich dadurch ausdrückte, daß sie sich gegenüber allen anderen "diskriminiert" fühlten; die Deutschen meinten, so Brickner, daß ihnen ihr rechtmäßiger Anteil vorenthalten würde.

Des weiteren neigten die Deutschen zu einer nachträglichen Verzerrung der Fakten. Brickner machte diese "Ferndiagnose" auch an der Überzeugung vieler Deutscher nach dem Ersten Weltkrieg fest, daß dieser Krieg nicht verloren wurde, sondern durch einen "Dolchstoß" verursacht worden war, den die Sozialdemokraten durch eine "Revolution" auslösten. Die therapeutischen Maßnahmen wurden nun in Verbindung mit den Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie, auf die deutsche Situation angewendet. Nach Gerhardt spielte die Soziologie zwei Rollen. Zum einen stellten die Soziologen einen diskursiven Rahmen bereit, um die Unterschiede zwischen demokratischen und totalitären Gesellschaftssystemen zu verstehen.

Von maßgeblicher Bedeutung waren hier unter anderem die Arbeiten des Harvard-Soziologen Talcott Parsons, der in Anlehnung an Max Webers Thesen über das "charismatische Führertum" die von ihm so wahrgenommene Revolte gegen die moderne Welt in Deutschland nach 1933 zu erklären versuchte. Prosperierende Wirtschaft für kontrollierten Wandel zum anderen veränderte die Soziologie nach Gerhardts Ausführungen das Konzept der psychiatrischen "re-education" dahingehend, daß die ökonomische Erholung Deutschlands der angestrebten Umformung des deutschen Nationalcharakters dienlich gemacht werden sollte.

Insbesondere Talcott Parsons war der Meinung, daß die ökonomische Wiederherstellung Deutschlands die beste Strategie für eine "re-education"-Strategie sei, die auf eine Eingliederung und Einbindung Deutschlands in den Kreis "friedliebender Nationen" hinauslief. Parsons' Vorstellungen können auch gelesen und verstanden werden als Reaktion auf die Idee einer vollständigen industriellen Schleifung Deutschlands, für die der "Morgenthau-Plan" steht.

In seiner Schrift "The Problem of a Controlled Institutional Change" (1945), die in der von Gerhardt herausgegebenen und kommentierten Dokumentation "Talcott Parsons on National Socialism" (New York 1993) zu finden ist, kommt er in Abwägung der verschiedenen Wirkungsbereiche für einen kulturellen Wandel, wie Familie, Schule, Regierung und Wirtschaft, zu dem Ergebnis, daß nur die Wirtschaft eine realistische Chance für einen kontrollierten institutionalisierten Wandel biete. Zum einen deshalb, weil sich die Wirtschaft in Deutschland

im Bereich der Zuständigkeit der Alliierten befinde, die hier ihre Macht leicht im Interesse institutioneller Neuerungen anwenden könnten. Und zum anderen, weil die Wirtschaft die besten Möglichkeiten biete, die Bemühungen um eine "re-education" der Deutschen zu verdecken, sprich: nicht allzu offensichtlich werden zu lassen.

Den Wortführern der "re-education" lag viel daran, daß die Deutschen aus freiem Willen in das neue Wertesystem einwilligten. So schrieb Kurt Lewin (1890-1947), ein ehemaliger Berliner Gestaltpsychologe, der nach seiner Emigration zu einem der wichtigsten Exponenten der sozialpsychologischen Schule in den USA wurde, in seiner 1945 veröffentlichten Schrift "Das Verhalten, die Kenntnis und die Übernahme neuer Werte":

"Fügt sich der einzelne rein aus Furcht vor Bestrafung und nicht durch die Weisungen seines freien Willens und Bewußtseins, dann nimmt das neue Werte-System, zu dessen Anerkennung man ihn bringen möchte, bei ihm nicht die Stellung eines Über-Ichs ein, und seine Umerziehung bleibt daher unvollendet. ... Nur falls und wenn das neue Werte-System freiwillig übernommen wird, nur falls es dem eigenen Über-Ich entspricht, ergeben sich jene Veränderungen der sozialen Erkenntnis, die ... eine Voraussetzung für eine Veränderung des Verhaltens und daher für eine dauerhafte Wirkung der Umerziehung sind." Statt Nation "die Menschen" oder "die Gesellschaft"

Daß die amerikanischen Sozialwissenschaften im Hinblick auf die "re-education" eine derart exponierte Rolle spielten, kommt nicht von ungefähr. Caspar von Schrenck-Notzing bemerkte in seiner 1965 erstmals publizierte "Charakterwäsche", daß "die amerikanische Militärregierung von Anfang an mit sozialwissenschaftlichen Einrichtungen gespickt" war (Caspar von Schrenck-Notzing: Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Erweiterte Neuauflage. Ares Verlag, Graz 2004, 350 Seiten ...).

Die "social sciences" standen, um es mit dem Bayreuther Soziologen Bernhard Plé zu sagen, im Dienste einer "säkularen Mission". "Es war kein Wunder", stellte Plé in seiner Untersuchung "Wissenschaft und säkulare Mission" (Stuttgart 1990) fest, "daß die Bemühungen um eine Gesellschaftswissenschaft nach Amerika verlegt wurden und Amerika hierzu namhafte Beiträge leistete. Das neue Land schien im Gegenteil die beste Formulierung dieser Gesetze zu bieten. ... Die große Unabhängigkeitserklärung war auf Prinzipien gegründet, die sich vom Naturgesetz ... herleiteten; die Verfassung war so entworfen, daß sie ewige Wahrheiten über das Wesen der Menschen und der Staatsgewalt und ihrer gegenseitigen Beziehungen verkörperte."

Mit den Sozialwissenschaften erwachte in den USA die Idee der technischen Steuerbarkeit der "Gesellschaft", mit der die Erwartung verknüpft wurde, daß sie dem Menschen künftig den Fortschritt zu einer Daseinsweise eröffnen würde, die im Einklang mit den sozialen Gesetzen steht. Einer der einflußreichsten Vertreter dieses Fortschrittsglaubens war zweifelsohne der amerikanische Philosoph John Dewey, der mit seinem "Pragmatismus" nach den Worten von Plé "die verschiedenen Strömungen des Fortschrittsglaubens mit dem Wissenschaftsglauben verbinden und damit Amerikas Auserwähltheitsglauben neu hat formulieren können". Für Dewey und viele andere stand außer Frage, daß der Fortschritt der Menschheit auf das "Stadium der Demokratie" hinauslaufe.

Deweys Botschaft, die Sozialwissenschaft könnte die "gesetzmäßigen Beziehungen der Gesellschaft" ermitteln und damit dem Menschen ermöglichen, "sowohl die Folgen seines Handelns vorauszusagen wie auch seine Ziele sozialtechnologisch zu verwirklichen", bildete nach den Worten von Plé "die logische Konsequenz aus dem Glauben, daß künftig die Sozialwissenschaft die Einstellung zu Mensch und Gesellschaft ebenso tiefgreifend wandeln müsse, wie seit der Kopernikanischen Revolution die Naturwissenschaft die Einstellung des Menschen zur Natur gewandelt hätte".

Daß wir heute in Deutschland fast ausschließlich nur noch von "Menschen" und "Gesell-

schaft" reden, zeigt, in welchem Maße sich jener universalistisch-missionarische Ansatz durchgesetzt hat, der mit dem amerikanischen Verständnis der Sozialwissenschaften und damit dem "re-education"-Programm verbunden war.

Was heute unter "politischer Korrektheit" subsumiert wird, ist ein Ausfluß dieses sozialwissenschaftlichen Ansatzes, dessen Konsequenzen der 1994 verstorbene Soziologe Friedrich Tenbruck in seiner Schrift "Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen" 1984 wie folgt zusammenfaßte:

"Indem die Soziologie ‚die Gesellschaft‘ erfand, erklärte sie sich zu einer Wissenschaft, die mit jedem Schritt ihrer Erkenntnis die wahre, bislang nur unbekannte Ordnung ... entbergen werde. Jede Soziologie, die ‚die Gesellschaft‘ erfassen will, beansprucht mit der Autorität, über die wahre Ordnung des Daseins ... zu belehren, auch die moralische Autorität, über die richtige Lebensführung zu unterrichten."

Dieser universalistisch-missionarische Ansatz, der "re-education" und "self-re-education" wesentlich bestimmt hat, hat auch dazu geführt, daß die Deutschen über den Sinn und die Aufgabe von Traditionen nichts mehr zu sagen wissen. Diese Bewußtseinslage kann auch als Entortung bezeichnet werden. Sie markiert die Endstufe der von den Alliierten angestrebten totalen "Auslöschung" aller Traditionen, "auf denen die deutsche Nation errichtet wurde". In welchem Ausmaß dies geschehen ist, hätte wohl selbst die Protagonisten der "re-education" der 1940er Jahre überrascht.

Stichwort: Umerziehung Nach dem Sieg der Alliierten über Deutschland hatten die Besatzungsmächte unterschiedliche Konzepte der Behandlung der Deutschen. Schließlich setzten sich die Amerikaner mit ihrem bereits 1943 im State Department begonnenen Plan einer "Re-education" in den westlichen Besatzungszonen durch. Am 5. Juni 1946 wurde das "Long-Range Policy Statement for German Re-education" (SWNCC 269/5) in den Westzonen verabschiedet.

Mit der Kontrolle über die Medien (Lizenzträger-System), Kultureinrichtungen und das Bildungssystem sollte die auf etwa dreißig Jahre angelegte Umerziehung realisiert werden. Der Alliierte Kontrollrat beschloß in seiner "Direktive 54" vom 25. April 1947, daß die Schulen "die Entwicklung eines bürgerlichen Verantwortungsgefühls" und "die Auffassung einer demokratischen Lebensweise" fördern sollen. Allmählich sollte das Programm unter deutscher Kontrolle fortgeführt werden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Oktober 2005 (x887/...): >>>**Ohne Rückbesinnung ist Deutschland verloren**

Der 3. Oktober - Von den preußischen Tugenden und dem Problem der "inneren Einheit" von Günter Kießling

Längst erscheint den meisten Deutschen die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes, die uns mehr durch die Gnade Gottes als durch unsichtige Politik zuteil wurde, als selbstverständlich. Lediglich mit der "inneren Einheit" haben wir Probleme. Unser Denken und Handeln in der Politik dreht sich ums Materielle. Kaum einer wagt, an die biblische Botschaft zu erinnern, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von einem jeglichen Wort Gottes. Solche Sprache mag in unserer säkularisierten Welt kaum noch verstanden werden. Deshalb sei versucht, dieses christliche Gebot hier ins Weltliche zu übersetzen:

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von der Integration in die Gemeinschaft! Aber die Deutschen wollen kein "Volk" mehr sein, keine Gemeinschaft, sondern lieber "Gesellschaft". Obwohl sie in Festtagsreden ihr Grundgesetz preisen, das sich auf das "deutsche Volk" bezieht, von der Gesellschaft ist da nicht die Rede!

Die "innere Einheit" werden wir nur erreichen, wenn wir uns wieder auf Ziele "jenseits von Angebot und Nachfrage" orientieren, auf das Gemeinwesen. Das erfordert Besinnung auf die preußischen Tugenden. Dem steht entgegen, daß allein schon das Wort Preußen in dieser, un-

serer "Gesellschaft" zumindest Skepsis bewirkt, wenn nicht gar auf Ablehnung stößt. Warum nur?

War doch nach Überwindung der größten Not, die 1945 über uns hereinbrach, eine Sehnsucht nach der "guten, alten Zeit" unverkennbar. Am deutlichsten kam die in einer weit verbreiteten Berlin-Nostalgie zum Ausdruck. Aber was Preußen betrifft, so blieben auch zaghafte Versuche - wie die Preußen-Ausstellung von 1981, die Rückkehr der Särge mit den preußischen Königen nach Potsdam 1991, die Würdigungen zum 300. Jahrestag der Königs-Krönung 2001 - ohne tiefe Resonanz. Nichts änderte sich an der weit verbreiteten Ächtung Preußens.

Geradezu als tragisch muß man bewerten, daß 1989/1990, in diesen Sternstunden der deutschen Geschichte nach der totalen Niederlage von 1945, kaum ein Gedanke aufkam, den Namen Preußens bei der Benennung der neuen Länder in das Erbe der Bundesrepublik hinüberzuretten.

Diese ausgeprägte Abkehr der breiten deutschen Öffentlichkeit von allem, was mit Preußen zu tun hat, läßt sich - grob vereinfacht - auf zwei Ursachen zurückführen. Zum einen ist da die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit herrührende offizielle Verteufelung Preußens durch die vier Hauptsiegermächte, die schließlich in dem Kontrollratsgesetz Nr. 27 vom 25. Februar 1947 gipfelte, mit dem die Auflösung des preußischen Staates verfügt wurde. Und die schließlich fast zur heute vorherrschenden Political Correctness gehört.

Zum anderen jedoch - und das wird wenig bedacht - sind es ausgerechnet die preußischen Tugenden, die zwar gelegentlich noch in Sonntagsreden erwähnt werden, aber eigentlich genau für das stehen, was diese westdeutsche Gesellschaft nicht sein wollte - und nach der Wiedervereinigung auch die neu gesamtdeutsche Gesellschaft nicht sein will.

Schon sind sich die meisten gar nicht mehr bewußt, was es mit preußischen Tugenden auf sich hat, es interessiert auch kaum. Da geht es um: Bescheidenheit, Demut, Dienstbereitschaft, Disziplin, Gemeinsinn, Genauigkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft, Ordnung, Pflichtbewußtsein, Rechtsstaatlichkeit, Sparsamkeit, Toleranz, vor allem aber Gottesfurcht. Mit diesen Tugenden ist Preußen groß geworden. Sie sind Inbegriff einer Staatsidee, gegen alle Widrigkeiten aus eigener Kraft, durch gemeinsame Anstrengung und Opferbereitschaft dieses neu gegründete Königreich zum Erfolg zu bringen.

Aber gerade einen solchen Saat wollte man ja nach 1945 nicht mehr - weder die Siegermächte noch die sich neu formierende westdeutsche Gesellschaft. Dennoch, man benötigte fleißige, die Trümmer beseitigende, die Wirtschaft aufbauende Deutsche, gar ein Wirtschaftswunder. Aber man wollte partout keine deutsche Nation, keine Gemeinschaft, schon gar nicht eine solche, die etwa nur Gott fürchtete. Nein, sie sollte sich eher vor sich selbst fürchten. Dazu wurde den Deutschen permanent vorgehalten, was alles - so wörtlich - "im deutschen Namen" geschah.

Die neu formierte deutsche Gesellschaft sollte fett und impotent sein, eine wahre Wohlstands- und Freizeitgesellschaft. Das wurde sie dann auch. Und diese Gesellschaft hatte völlig verdrängt, daß auch ihr der einzigartige Wiederaufbau und damit auch der Weg zu jenem neuen Wohlstand im wesentlichen mit Hilfe der verpönten preußischen Tugenden gelang. Aber die Segnungen des Wirtschaftswunders wurden den Deutschen schließlich zum Verhängnis. Sind sie doch dem Tanz um das goldene Kalb erlegen.

Was für ein Kontrast zu einer preußischen Staatsgesinnung, die Walter Flex - sicher überpointiert - mit den Worten beschrieb: Wer auf die preußische Fahne schwört, der hat nichts mehr, was ihm selber gehört!

Man könnte sagen, lediglich die Bundeswehr hat an Preußen angeknüpft. Bewußt hatte die damals verantwortliche politische Führung den 12. November 1955, den 200. Geburtstag des Generals von Scharnhorst, jenes berühmten preußischen Heeresreformers, zum Gründungstag der neuen deutschen Streitmacht gewählt. Daß Scharnhorst von seiner Herkunft gar kein

Preuße war, sondern Hannoveraner - wie Gneisenau Sachse - steht überdies für die Toleranz dieses preußischen Staatswesens, aber auch für die Anziehungskraft, die es auf solche fortschrittlich orientierten Persönlichkeiten ausübte. Geblieben ist in der heutigen Bundeswehr eigentlich nur das Bekenntnis zur Erhebung am 20. Juli 1944, die im wesentlichen von Offizieren getragen wurde, die sich den preußischen Tugenden verpflichtet fühlten. Nicht allein deshalb richtet sich zunehmend Kritik auch an deren Würdigung.

Schließlich beinhalten die preußischen Tugenden das Gegenteil von dem Verständnis einer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft, zu der sich die Bundesrepublik nach dem Wirtschaftswunder entwickelt hat. Die Abkehr von jeglicher Bindung an die Gemeinschaft hin zu einer hedonistischen Lebensweise fand ihren wohl krassesten Ausdruck in jenem Karnevalsschlager, der in dem Bekenntnis gipfelte: "Wir sind die Eingeborenen von Trizonesen."

Man will Spaß und Freude haben, das Leben genießen, von der Vergangenheit nichts wissen - und von der Zukunft allenfalls, soweit man selbst davon betroffen ist, so durch die Sorge für die eigenen Kinder - so man denn überhaupt Kinder in die Welt setzt. Am stärksten ausgeprägt ist die Abkehr von allem, was mit Militär zu tun hat. Wenn man sich schon den Herausforderungen der äußeren Sicherheit gar nicht entziehen kann, dann am liebsten durch einen finanziellen "Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung", deren Organisation sogenannten "Schutzmächten" überantwortet werden soll.

In unserer "Zivilgesellschaft" ist kein Platz für das Vaterland, schon gar nicht für Vaterlandsliebe. Sollten Staatsräson oder das Protokoll mitunter derartige Bekenntnisse unerlässlich machen, dann klingt es gefälliger von "Patriotismus" zu sprechen, der aber sogleich auf "Verfassungspatriotismus" beschränkt. Allenfalls in der Euphorie sportlicher Veranstaltungen ist man mitunter sogar ein wenig stolz, Deutscher zu sein, wenn auch die Akteure beim Singen des Deutschlandliedes zumeist ihre Lippen nicht auseinander bekommen. Wenn dann gar der neue Bundespräsident bekundet, er liebe dieses Land, so bewirkt das mehr Erschrecken als Bewunderung. Hat man sich doch inzwischen daran orientiert, was einer seiner Vorgänger beim Amtsantritt im Deutschen Bundestag von sich gab: Er liebe nicht diesen Staat, sondern seine Frau.

Mag dies genügen, um unsere bundesdeutsche "Gesellschaft" zu skizzieren, die kein Volk mehr sein will. Und von einer derartigen Gesellschaft wird nun plötzlich "Gemeinsinn" eingefordert, materielle Einschränkungen zu akzeptieren, um die drohende Gefahr eines weiteren wirtschaftlichen Niedergangs abzuwehren. Da erinnert man sich mitunter gar der preußischen Tugenden. Die seit den 60er Jahren immer deutlicher werdende Abkehr von ihnen wurde am deutlichsten, als man sie als "Sekundärtugenden" verhöhnte und kritisierte.

Wenn wir auch immer noch dazu neigen, unsere derzeit verheerende Lage zu beschönigen, wir müssen zur Einsicht kommen, daß wir eine "Notgemeinschaft" geworden sind. Das könnte hilfreich sein. Denn in der Not, da stehen die Deutschen noch am ehesten zusammen. Da könnten sie zur Besinnung kommen. Kaum jemand bestreitet die Notwendigkeit von Reformen. Diese zu definieren und umzusetzen, das setzt zunächst einmal Besinnung voraus. Wir müssen erkennen, daß wir unser Dilemma nicht mit irgendwelchen Reförmchen meistern können, sondern nur mit einer grundlegenden Erneuerung von Staat und Gesellschaft.

Dabei geht es um mehr als nur um Rettung des materiellen Wohlstands, es geht um geistige Führung. Aber wohin soll sie uns führen? Da gilt es zu erinnern, daß die Begründer dieses zunächst so erfolgreichen Weges zur sozialen Marktwirtschaft sehr wohl weiter gedacht haben als nur an die Steigerung des Bruttosozialprodukts. Dafür steht der Titel, den Wilhelm Röpke, einer der Gründungsväter, seinem Alterswerk gab: "Jenseits von Angebot und Nachfrage". Röpke selbst hat bekannt, für ihn sei dies der christliche Glaube. Das erinnert an Bismarcks berühmten Ausspruch vor dem Reichstag: Wir Deutsche fürchten Gott - und sonst nichts auf der Welt.

Ist somit hoffentlich deutlich geworden, daß es sich hier um ein Problem geistiger Führung handelt, so gilt es sich bewußt zu machen, wie sehr wir Opfer einer unseligen Semantik geworden sind, die nach 1945 viele Begriffe negativ belegt, wenn nicht gar verteufelt hat.

Dazu gehören: Volk und Nation, Führung von Eliten, Erziehung und Gemeinschaft. Auf diese Weise hat sich ein irriges Verhältnis von Demokratie durchgesetzt, das allein von dem Prinzip der Gleichheit dominiert wird. Aber es geht gleichermaßen um Freiheit. Beide miteinander in Einklang zu bringen, erfordert Führung. Daraus folgt: Führung ist auch in der Demokratie unverzichtbar. Diejenigen, die zur Führung berufen sind, bedürfen der Auswahl und der Ausbildung.

Dabei gilt es, sich wieder auf die preußischen Tugenden zu besinnen. An ihnen läßt sich eine nationale Elite ausmachen. Auch dieser Begriff wurde mit unserem Umsturz nach 1945 verdammt - und damit auch das Problem der Elitebildung. Geistige Führung ist nicht möglich ohne Eliten.

Das Problem der Elitebildung setzt Besinnung darauf voraus, daß Eliten sich nicht im Können erschöpfen, sondern in ihrem Bezug auf das Ganze. Dieses Ganze ist immer noch die Nation. Deshalb sei abschließend folgende Definition gewagt:

(Nationale) Eliten sind eine herausgehobene Minderheit stets bezogen auf ein übergeordnetes Ganzes, zielbewußt ausgewählt und ausgebildet, um sodann durch persönliche Inpflichtnahme kraft Amtes und/oder persönlicher Autorität auf die geistige Grundhaltung des Ganzen Einfluß zu nehmen. Das sollen sie bewirken durch Vorbild in Können und Haltung, in Pflichterfüllung und Lebensführung.

Der Vier-Sterne-General a.D. Günter Kießling (Jahrgang 1925) war vor seiner spektakulären Entlassung 1984 Befehlshaber der Nato-Landstreitkräfte und Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 2007 (x887/...):

>>**Christlichen Glauben schützen**

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.

Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der

meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness (PC).

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällt Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion (Tscheke)? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" (und "Propaganda") diente in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil:

"Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges. "Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll.

Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartssystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukte.

PC wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den

Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.

Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.

Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.

Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hüchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel (die Fabriken und die Banken) verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.

Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.

Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>Vom Erwerbszwang befreit

Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test

Der Titel klingt verheißungsvoll: "100-mal neues Leben" heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und – je nach Finanzlage – auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom "Zwang zur Arbeit", wie es der Gründer der

Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. Werner leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, das an dem Projekt "100-mal neues Leben" beteiligt ist. ...

Dieses sehr philanthropisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus. Er geht davon aus, daß die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen - von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung - stimmen, daß der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.

Wie es dann jedoch kommt, daß die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.

Zudem ist anzunehmen, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem.<<

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>**Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?**

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte (Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland).

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von

Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg). Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb. Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-how der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid (das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall Street behaupten) usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei

und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personenautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur (z.B. Tankstellennetz) ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei (für die Elektroden der Batterien), um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) müssen bei starkem Wind (also bei hoher Stromproduktion) die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden. Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten (s. www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze) und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht (muß verboten werden), Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO₂-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO₂-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Näheres zu diesem Thema findet man im Internet unter www.adew.eu.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat er-

gibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die unten präsentierte Liste der Fehler ist vermutlich bereits unvollständig, wenn Sie diesen Artikel lesen.

Die Grundfehler der Energiewende

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Es weist vier grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen:

Die unverständliche Fokussierung des EEG auf die Stromerzeugung ignorierte den Sektor Wärmeversorgung sowohl bezüglich der dort umgesetzten Energiemengen als auch bezüglich der Importabhängigkeit der dort eingesetzten, überwiegend fossilen Energieträger. Dessen verspätete Einbeziehung (Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich) war von abrupten Änderungen der Förderung bis hin zu vorübergehenden Stops gekennzeichnet, die die Heizungsbranche einem unberechenbaren Wechselbad aussetzten und die dringend notwendige Modernisierung bremsen. Stagnation auf niedrigem Niveau ist das Ergebnis. Die Milliardensubventionen wurden an diesem für Deutschland wichtigsten Energiesektor vorbei gelenkt - und dies dazu noch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kollateralschäden im Sektor der Stromwirtschaft, dem das EEG eigentlich dienen sollte.

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen. Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Biodiversität (Energiepflanzen), Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen (Photovoltaik) oder Lärmbelastungen (Windkraft); von der Landschaftsverhandlung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswachsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung ("Energiearmut"), Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten EE-Kapazitäten (= Erneuerbare Energien) nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann. Damit war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO₂-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität ("Lastfolgefähigkeit") schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.

Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.

Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.

Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.

Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.

Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stilllegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen, die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden. ...

Die Risiken werden bedrohlich

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:

Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) unverändert beibehalten, womit der damit ge-

gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.

Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.

Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.

Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer"-Kraftwerke, die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromeinspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden. Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stilllegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den o.e. Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.

Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben. Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

Planwirtschaft statt Marktwirtschaft

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik.

Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung (mit der Folge der neuen "Energiearmut" - s.u.); großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des Elektrizitätssystems entstanden sind (fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit); Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung (Vertreibung der energieintensiven Industrie, Blackouts); Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.

Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraft-

werken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.

Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

Die Kostenlawine rollt

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energieintensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten (z.B. den steigenden Netzkosten) zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger.

Eine deutliche Warnung gab es mehrfach im Jahre 2011 von EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Hohe Energiekosten gefährdeten nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch den sozialen Frieden, wenn ein Teil der Menschen die Stromrechnung nicht mehr bezahlen könne. "Ich bin überrascht, wie gedankenlos die Entwicklung der Strompreise hingenommen wird", sagte Oettinger. Deutschland zähle weltweit zu der Spitzengruppe bei den Strompreisen. Steuern, Abgaben und Umlagen summieren sich hier beim Strompreis auf 45,1 Prozent.

Die Medien haben das Thema bereits aufgegriffen: Das Handelsblatt titelte am 23.5.2011 "Merkels Strompreislüge": Die Bundeskanzlerin hatte im Juni 2011 erklärt: "Unternehmen wie Bürger müssen auch in Zukunft mit bezahlbarem Strom versorgt werden." Und sie versprach, daß die Ökostrom-Umlage bei 3,5 Cent / kWh stabil gehalten werde. Aktuell liegt sie bei 3,59 Cent. Michael Fuchs, in der Unionsfraktion für Wirtschaftspolitik zuständig, rechnet mit 4,5 Cent und mehr.

Prof. Helmut Alt von der FH Aachen wies allerdings darauf hin, daß diese Zahlen "verniedlicht" wurden, da es Nettobeträge ohne die Mehrwertsteuer sind. Aus der Zahl 3,5 Cent/kWh werden dann bereits 4,13 Cent/kWh.

Das wird wohl nicht reichen: Der riesige Stromnetz-Ausbau und der ebenfalls gewaltige Ausbau der Offshore-Windkraft haben noch gar nicht richtig begonnen und der weitergehende Zubau der Photovoltaik kommt noch hinzu. Ferner werden alle oben beschriebenen planwirtschaftlichen Maßnahmen nur weitere Kosten verursachen. Der Hauptteil der Wendekostenwelle steht also erst noch bevor.

Falls der beabsichtigte Zubau an konventionellen Kraftwerken überwiegend mit Gaskraftwerken erfolgen sollte, die von manchen Politikern im Gegensatz zu Kohlekraftwerken als bedingt umweltfreundlich angesehen werden, würde der Stromerzeugungspreis auf Grund der hohen Gaspreise zwischen 15 und 20 Cent / kWh liegen und damit 3 bis 6-mal höher als der Gestehungspreis des heute erzeugten Grundlaststroms, berechnete Prof. Alt. Darin seien die Kosten für den Ausbau des Netzes noch nicht enthalten.

Die durch das EEG veranlaßten Subventionen würden nach Schätzungen im Jahre 2012 vermutlich 14,1 Milliarden Euro erreichen - nach 11,76 Mrd. im Jahre 2011. McKinsey schätzt, daß allein 2020 die Stromverbraucher Kosten von 21,5 Mrd. Euro tragen müssen, die nur durch den Umstieg auf erneuerbare Energien verursacht werden. Insgesamt verursache die Energiewende von 2011 bis 2020 Kosten von 175 Mrd. Euro. Das Karlsruher Institut für Technologie schätzt, daß der Strompreis durch die Kosten der Energiewende bis 2025 gegenüber heute um 70 Prozent steigen wird.

Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestal-

ten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.

Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten. ...

Das Urteil des Auslands ist vernichtend

Es war dem World Energy Council (das größte internationale Netzwerk der Energiewirtschaft) vorbehalten, am 10.10.2011 das Ergebnis einer internationalen Expertenbefragung zur deutschen Energiewende zu präsentieren; eine Befragung, die die deutsche Regierung besser selbst durchgeführt hätte, und zwar rechtzeitig vor der Verkündung ihrer dramatischen Politikänderung. Grundlage der Ergebnisse sind Antworten aus den Rückläufen aus 21 Länderkomitees des World Energy Council, darunter 14 aus Europa.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.
- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.
- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!
- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.
- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.
- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.
- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element.

Dieses Gutachten der internationalen Energieexperten ist vernichtend.

Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle

Im Anfangskapitel "Die Grundfehler..." wurden schon unter Ziff. 3 die erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Auswirkungen des massiven Ausbaus der sog. erneuerbaren Energien aufgezählt. Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte (erzeugte Kilowatt pro Quadratmeter) aufweisen, werden Biotope zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau aller neuen Pumpspeicherkraftwerke, wie zum Beispiel die in Atorf/Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kri-

tisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektrosmog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen. ...

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<